



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
17. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 01.07.2024
Sitzungsbeginn:	16:06 Uhr
Sitzungsende:	18:22 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Dr. Ulrich Brock - CDU

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Jochen Mauritz - CDU

Kristin Blankenburg - SPD & FW

Julian Lange - SPD & FW

Sascha Luetkens - LINKE & GAL

Stephan Wisotzki - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Sascha Peukert - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Vertretung für: Frau Silke Mählenhoff
Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin

Monika Schedel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Vertretung für Herrn Arne-Matz Ramcke im öffentlichen Teil

Claas Lamaack - Unabhängige Volt-PARTEI

Ulrich Pluschkell - SPD & FW

Oliver Prieur - CDU

Holger Schöler - SPD & FW

Jörg Sellerbeck - CDU

Dan Teschner - FDP

Ruben Meyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Vertretung für Herrn Arne-Matz Ramcke im nichtöffentlichen Teil

Beiratsmitglieder

Kerstin Metzner - Beirat für Senior:innen

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion

Barbara Steffen - CDU

Verwaltung

Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen

Dr. Hans-Joachim Friedemann - 4.401 Schule und Sport	Bis TOP 3.1
Karsten Schröder - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	ab TOP 3.1
Dirk Dreilich - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Christian Stolte - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Bis TOP 5.1
Dierk Wallendzik - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	
Barbara Wenzel - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Protokollführung	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin	Entschuldigt abwesend
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Entschuldigt abwesend
Jörn Twesten - AfD	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.06.2024	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.06.2024	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Erweiterung des Hafenmeister- und Sanitärgebäudes Passathafen, Projektfreigabe und Aufhebung eines für das Haushaltsjahr 2024 bestehenden Sperrvermerks	VO/2024/12940
3.2	Bebauungsplan 01.70.00 - Wallhalbinsel / Holstentorplatz - Beschluss über Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB	VO/2024/13373
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
4.1	Fraktion LINKE & GAL: Fahrradreparaturstationen an Schulen	VO/2024/13262
5	Berichte	
5.1	Gutachten Herreninsel	VO/2024/13147
5.1.1	AM Carl Howe (GAL): Wohnen auf der Herreninsel	VO/2024/13349
5.1.2	AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) u. AM Ulrich Brock (CDU): Antrag zu Gutachten Herreninsel	VO/2024/13147-02
5.2	Farbliche Markierung der Gefahrenbereiche von Radwegen	VO/2024/13327
5.3	Anordnung von Haltverboten	VO/2024/13321
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.1.1	Antwort auf die Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Aktueller Sachstand Baufeld Bertlingstraße	VO/2024/13243
6.1.2	Antwort auf die Anfrage von AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erhalt der Hallen an der Roddenkoppel im sog. Tudorstil	VO/2024/13156
6.1.3	Antwort auf die Anfrage von AM Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umgehung Brodtner Steilufer	

6.2	Neue Anfragen	
6.2.1	Anfrage des AM Claas Lamaack (Unabhängige Volt-PARTEI): Anfrage zur Lampen Begrünung.	VO/2024/13408
6.2.2	Anfrage von AM Pluschkell (SPD & FW): Orkneybrücke	
6.2.3	Anfrage von AM Prieur (CDU): Einfahrt auf den REWE-Parkplatz in Kücknitz	
6.2.4	Anfrage von AM Mauritz (CDU): Kreuzung an der B76	
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Mündliche Mitteilung (5.660): Einmündung Oderstraße	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Dringlichkeitsantrag AM Günther Frings (Unabhängige Volt-PARTEI): Präsentation zum B-Plan Helldahl / Leegerwall.	VO/2024/13409
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende verpflichtet das (stellvertretende) bürgerliche Ausschussmitglied Frau Schedel mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

- TOP 3.2 Bebauungsplan 01.70.00 - Wallhalbinsel / Holstentorplatz - Beschluss über Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB (VO/2024/13373)
- TOP 5.1.2 AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) u. AM Ulrich Brock (CDU): Antrag zu Gutachten Herreninsel (VO/2024/13147-02)
- TOP 7.1 Dringlichkeitsantrag AM Günther Frings (Unabhängige Volt-PARTEI): Präsentation zum B-Plan Helldahl / Leegerwall. (VO/2024/13409)

Der Vorsitzende beantragt, die genannten Unterlagen im Wege der Dringlichkeit zu behandeln.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende regt an, die Diskussion um die Herreninsel um eine Sitzung zu vertagen.

AM Pluschkell spricht sich dafür aus, TOP 5.1 noch nicht zu vertagen, sondern aufzurufen, die Anträge unter TOP 5.1.1 und TOP 5.1.2 zu beschließen und dann erst den Bericht wieder zu vertagen.

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.06.2024

AM Steffen weist darauf hin, dass sie in der Sitzung unter TOP 6.5.3 gefragt habe, ob der Reußkamp in Moisling eine Einbahnstraßenregelung erhalten könne. Diese Anfrage sei in der Niederschrift nicht enthalten gewesen. Die Anfrage müsse nicht noch extra in die Niederschrift aufgenommen werden, es würde ihr ausreichen, wenn ihre Anfrage zeitnah beantwortet werde.

Die Niederschrift wird damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.06.2024

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Beschlussvorlagen

zu 3.1 Erweiterung des Hafenmeister- und Sanitärgebäudes Passathafen, Projektfreigabe und Aufhebung eines für das Haushaltsjahr 2024 bestehenden Sperrvermerks Vorlage: VO/2024/12940

Der Vorsitzende berichtet, dass der Ausschuss für Schule und Sport der Vorlage zugestimmt hat.

AM Mauritz erklärt, dass er Probleme mit dem Projekt sehe, und es andere Projekte in Travemünde gebe, in welche die Mitarbeitenden integriert werden könnten, etwa den Strandbahnhof. Aus seiner Sicht werde hier zu großzügig geplant.

Der Vorsitzende führt ebenfalls aus, dass das Vorhaben bei ihm für Irritationen Sorge, da die Errichtung der Station noch nicht lange her sei und zur damaligen Zeit der Raumbedarf so geplant worden sein müsse, wie er jetzt vorliege. Es sei sehr schnell gegangen, dass sich der Raumbedarf verändert habe. Die Verwaltung habe an mehreren Stellen keine optimale Raumsituation, daher wolle er wissen, warum es an diesem Standort so dringend sei.

AM Wisotzki weist darauf hin, dass die Errichtung von Photovoltaikanlagen nach EWKG bei geeigneten Flächen Pflicht sei, daher könnten diese nicht als Einsparpotentiale benannt werden.

Herr Dr. Friedemann erklärt, dass das Hafenhause schon zum Bau zu klein konzipiert worden sei, was er aber nicht zu vertreten habe. Zusätzlich hätten die touristischen Aktivitäten im Sporthafen deutlich zugenommen und damit einhergehend die Aufgabendichte der Hafenmeisterei. Es handle sich sämtlich um Aufgaben, die die Anwesenheit und Nähe des Arbeitsplatzes zum Hafen erfordern. Den Verweis auf andere Projekte in Travemünde könne er nachvollziehen, aber es sei ihm nicht bekannt, dass es dort ein Vorhaben gebe, bei dem realistisch absehbar sei, dass seine Mitarbeitenden dort arbeiten könnten.

AM Pluschkell sagt, dass er die Situation so verstehe, dass es zu dem damaligen Beschluss des Hafenhauses Planungsfehler gegeben habe, der jetzt korrigiert werden solle, was er

bedenklich finde. Er fragt, ob die Begründung zum Arbeitsschutz ggf. ausgeführt werden könne. Bezüglich des Vorschlags von AM Mauritz wolle er erstmal wissen, wie weit diese Vorhaben seien.

Der Vorsitzende berichtet, dass in einer der letzten Sitzungen der Bürgerschaft beschlossen worden sei, den Raumbedarf für die Kurverwaltung zu untersuchen, und es eine vernünftige Idee sei, die Raumbedarfe der verschiedenen Verwaltungseinheiten gemeinsam zu betrachten. Die konkreten arbeitsschutzrechtlichen Gründe würden ihn ebenfalls interessieren, da der Betrieb bisher auch möglich gewesen sei. Angesichts der aktuellen Haushaltlage halte er das Vorhaben für schwierig. Da es bei den Tätigkeiten nicht nur um Hafenmeistertätigkeiten, sondern auch um Bereichsarbeit gehe, könne er nicht nachvollziehen, warum alle Mitarbeitenden zwingend vor Ort arbeiten müssten.

AM Prieur erkundigt sich, ob überhaupt alle Hafenmeister gleichzeitig vor Ort arbeiten würden, da er von einem Schichtbetrieb ausgegangen sei, weswegen nicht alle einen eigenen Arbeitsplatz benötigen würden. Es ergebe natürlich Sinn, dass alle vor Ort arbeiten und nicht die Mitarbeitenden teilweise im VZM sitzen würden, er wolle aber wissen, ob es wirklich erforderlich sei.

AM Mauritz erläutert, dass der Hintergrund gewesen sei, dass der Schulleiter der Schule in Travemünde mehr Platz gefordert habe und die Politik extra beschlossen habe, nicht nur städtisches Eigentum zu betrachten. Es habe bereits mehrere Vorschläge gegeben und das aktuell diskutierte Vorhaben sei zu teuer.

Herr Dr. Friedemann erläutert, dass vor Ort drei Hafenmeister arbeiten würden, diese könnten ihre Arbeiten auch nicht aus dem Home Office erledigen. Daneben würden noch weitere Mitarbeitende dort arbeiten, die für Organisation, Durchführung und Kontrolle der vier Betriebsarten auf der PASSAT verantwortlich seien: Museums-, Veranstaltungs-, und Beherbergungsbetrieb, sowie die Passatrauungen. Hafenmeisterei und Bordcrew der Passat würden dabei eng zusammenarbeiten, die Arbeitsplätze könnten nicht getrennt werden. Das ursprüngliche Gebäude sei zu klein geplant worden, jetzt sei der Zeitpunkt dies zu korrigieren. Es handle sich auch um einen einfachen Aufbau in Holzständerbauart. Diese Bauart sei kosteneffizienter und nachhaltiger als herkömmliche Bauarten. Er wisse aktuell nicht, ob die Stadt tatsächlich weitere Standorte in Travemünde erwerbe, in denen unmittelbar Verwaltungsarbeitsplätze eingerichtet werden könnten.

Der Vorsitzende kritisiert, dass offenbar keine stadtweite Abstimmung stattgefunden habe, bevor dieses Projekt angestoßen wurde. Weiterhin seien bislang nicht alle vor Ort geplanten Tätigkeiten genannt worden, diese würden aber für die Entscheidung benötigt, um zu beurteilen, ob diese Investition zwingend erforderlich sei.

AM Mauritz fragt, ob noch weitere Alternativen, die sich im Eigentum der Hansestadt Lübeck befänden, geprüft worden seien, beispielsweise die Archivflächen, die sich in Travemünde befinden würden.

Der Vorsitzende bittet um Erläuterung der Planzeichnung, da die Erweiterung nicht direkt ersichtlich sei.

Herr Dr. Friedemann erklärt die Planzeichnung und weist darauf hin, dass mit den Leuten vor Ort gesprochen worden sei, da Raumbedarf für die Schulen benötigt würde.

Der Vorsitzende konstatiert, dass die Politik eine Verantwortung für den Haushalt habe, was Priorisierung voraussetze.

AM Pluschkell spricht sich dafür aus, der Vorlage zuzustimmen. Die damals beschlossene Vorlage sei nicht gut gewesen, aber es sei erkennbar, dass es vor Ort eine Drucksituation gebe und eine Alternative sei nicht absehbar.

AM Wisotzki fragt, ob die komplette Erschließung durch den Raum der Teamleitung verlaufe und ob dadurch das Büro nicht unnutzbar werde.

Herr Dr. Friedemann antwortet, dass dies Wunsch der Teamleitung gewesen sei, die Aufteilung sei so gewollt.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach der Anordnung der sanitären Anlagen und ob es nicht sinnvoll sei, die Gäste-WCs in einem anderen Bereich zu haben.

Herr Dr. Friedemann entgegnet, dass der Entwurf von einem Architekten erstellt worden sei, wenn der Entwurf nochmal fachlich diskutiert werden solle, sei es sinnvoll, den Architekten miteinzubeziehen.

AM Mauritz regt an, die Vorlage zu vertagen, damit die aufgeworfenen Fragen in der nächsten Sitzung beantwortet werden können.

Frau Metzner sagt, dass sie es nicht für nachvollziehbar halte, dass so hohe Kosten bei einer so kleinen Fläche entstehen würden. Sie fragt, ob der Planer auch erklären könne, wie die Kosten zustande kommen würden.

AM Pluschkell entgegnet, dass die Verwaltung dies bereits geprüft haben werde.

Herr Dr. Friedemann erklärt, dass das Vorhaben bereits knapp kalkuliert sei und man eine einfache Bauweise geplant habe. Es sei die kostengünstigste Variante, die alle arbeitsrechtlichen Vorgaben erfülle.

AM Prieur warnt davor, dass sich der Bauausschuss mit der Gestaltung der einzelnen Räume befasse, dennoch müsse entschieden werden, ob die Kosten im Verhältnis zu der Arbeit, die dort geleistet werde, angemessen seien. Er könne verstehen, dass die Mitarbeitenden vor Ort sitzen wollen würden, aber es habe jahrzehntlang auch anders funktioniert.

AM Mauritz wiederholt seinen Vorschlag, dass die Verwaltung zu den offenen Fragen in der nächsten Sitzung berichten solle. Dabei solle sie auch darstellen, welche Alternativen es gebe und wie weit die Verwaltung mit dem Beschluss für die Kurbetriebe sei.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass beantwortet werden solle, warum es zwingend erforderlich sei, die Aufgaben vor Ort zu verrichten und welche Untersuchungen angestellt worden sind, ob die Leistungen auch an anderen Standorten erbracht werden können, mit denen auf den Ausbau verzichtet werden könne.

AM Blankenburg sagt, dass sie bei alternativen Standorten auch die alternativen Kosten wissen wolle.

Der Vorsitzende fragt, ob diese Beantwortung möglich sei.

Herr Dr. Friedemann antwortet, dass er alles außer der alternativen Standortsuche beantworten könne. Eine solche Prüfung sei nicht die Aufgabe seines Bereiches, diesen Auftrag müsse er zurückgeben.

AM Pluschkell führt aus, dass die Fragen nach der Organisation der Bereich Schule und Sport selber klären müsse. Der Bauausschuss könne nur über den Baukörper diskutieren und angesichts der aktuellen Baukostenentwicklung halte er die Kosten nicht für abwegig. Er würde daher die Vorlage ohne Votum weitergeben.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 16:50 Uhr. Die Sitzung wird um 16:55 Uhr fortgesetzt.

Der Vorsitzende beantragt, die Vorlage ohne Votum weiterzugeben. Die genannten Fragen sollen in der Hauptausschusssitzung beantwortet werden.

Der Vorsitzende lässt über seinen Antrag abstimmen.

Für den Antrag: 14 Stimmen

Der Bauausschuss beschließt einstimmig, die Vorlage ohne Votum weiterzugeben.

AM Pluschkell bittet die Bauverwaltung darum, im Hauptausschuss Stellung zu den Baukosten zu nehmen und was das GMHL bzgl. eines anderen Standortes in Erfahrung bringen können.

Senatorin Hagen erklärt, dass die Bauverwaltung mit diesem Projekt nicht betraut sei. Grundsätzlich wolle man solche Vorhaben im Fachbereich Planen und Bauen konzentrieren, aber es gebe einige Projekte, die nicht in die Zuständigkeit des Fachbereichs Planen und Bauen fallen würden, und das soeben besprochene Projekt gehöre dazu.

Der Vorsitzende sagt, dass er bei einigen Sachen durchaus die Zuständigkeit des GMHL sehe. Er würde ebenfalls um eine Stellungnahme des GMHL bitten.

Senatorin Hagen antwortet, dass sie überprüfen lassen könne, ob ein Antrag des Bereich Schule und Sport bei der Raumplanung des GMHL eingegangen sei. Wenn dies der Fall sei, könne sie dazu etwas sagen.

AM Mauritz entgegnet, dass es aus seiner Sicht andersherum laufen müsse, nämlich, dass das GMHL die Raumbedarfe der Bereiche abfragt, um zu prüfen ob mehrere Bereiche an einem Ort Bedarfe hätten.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird ermächtigt das Projekt der Erweiterung des bestehenden Hafenerweiterungs- und Sanitärgebäudes im Passathafen in Lübeck-Travemünde auf Grundlage der EW-Bau umzusetzen (Hauptausschuss).
2. Der unter Produktsachkonto 424003 106.7851000 - Erweiterung Hafenhause - bestehende Sperrvermerk gem. § 12 Abs. 2 GemHVO-Doppik wird aufgehoben. Die Haushaltsmittel in Höhe von 100.000,00 EUR werden gleichzeitig freigegeben (Bürgerschaft).
3. Vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung werden im Haushalt 2025 für das Projekt Erweiterung Hafenerweiterungs- und Sanitärgebäude im Passathafen ergänzend 300.000,00 EUR bereitgestellt (Bürgerschaft).

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

**zu 3.2 Bebauungsplan 01.70.00 - Wallhalbinsel / Holstentorplatz - Beschluss über Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB
Vorlage: VO/2024/13373**

AM Pluschkell und AM Blankenburg weisen darauf hin, dass für die ockerfarbene Fläche keine Erläuterung in der Legende vorhanden sei.
Herr Schröder antwortet, dass dies im weiteren Verfahren ergänzt werde.

Beschluss:

1. Der Bauausschuss nimmt den Auswertungsbericht der bisher zum Bebauungsplan 01.70.00 - Wallhalbinsel / Holstentorplatz - durchgeführten Verfahren der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) zur Kenntnis.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes 01.70.00 - Wallhalbinsel / Holstentorplatz - sowie die zugehörige Begründung werden in den vorliegenden Fassungen (Anlagen 2 bis 5) gebilligt.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes und die zugehörige Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Internet zu veröffentlichen und zusätzlich öffentlich auszulegen. Gemäß § 4a Abs. 2 BauGB wird gleichzeitig mit der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.
4. Sollte der Entwurf des Bebauungsplanes nach dem Verfahren nach § 3 Abs. 2 oder § 4 Abs. 2 BauGB geändert oder ergänzt werden, ist er gemäß § 4a Abs. 3 BauGB erneut nach § 3 Abs. 2 BauGB im Internet zu veröffentlichen und öffentlich auszulegen sowie sind die Stellungnahmen erneut einzuholen, es sei denn, die Änderung oder Ergänzung führt nicht zu einer erstmaligen oder stärkeren Berührung von Belangen. Werden durch die Änderung oder Ergänzung des Entwurfs des Bauleitplans die Grundzüge der Planung nicht berührt, wird die Einholung der Stellungnahmen auf die von der Änderung oder Ergänzung betroffene Öffentlichkeit sowie die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschränkt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorlage.

zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 4.1 Fraktion LINKE & GAL: Fahrradreparaturstationen an Schulen Vorlage: VO/2024/13262

AM Wisotzki stellt den Antrag, dass die Formulierung „auf ihrem Schulgelände“ durch die Formulierung „direkter Schulnähe, im öffentlichen Raum“ ersetzt werde.

Der Vorsitzende weist auf die geänderte Beschlussfassung des Ausschusses für Schule und Sport hin, nach der der Satz „Im Haushaltsplan 2025 werden entsprechend des Ergebnisses der Abfrage die Kosten für Anschaffung und Aufstellung eigestellt“ gestrichen worden sei.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Luetkens, der Vorsitzende, AM Lamaack, AM Wisotzki, AM Blankenburg, Herr Stolte, AM Pluschkell und AM Prieur.

Der Vorsitzende erklärt, erst über den Antrag in der Fassung des Ausschusses für Schule und Sport abstimmen zu lassen und anschließend über den Antrag von AM Wisotzki in Ergänzung zu dem Antrag abstimmen zu lassen.
AM Luetkens und AM Wisotzki stimmen dem zu.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag in der Fassung des Ausschusses für Schule und Sport abstimmen.

Für den Antrag: 14 Stimmen
Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Der Vorsitzende lässt über den Ergänzungsantrag von AM Wisotzki abstimmen.

Für den Antrag: 14 Stimmen
Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

AM Pluschkell erkundigt sich, welches Gremium final über den Antrag zu entscheiden habe. Herr Wendorff erklärt, dass der Antrag seitens der Bürgerschaft zur abschließenden Beratung in den Ausschuss für Schule und Sport und den Bauausschuss überwiesen worden sei. Dem Bauausschuss sei hierbei die Federführung zugewiesen worden.

Antrag:

Über eine Abfrage wird festgestellt, welche Lübecker Schulen eine Fahrradreparaturstation auf ihrem Schulgelände *oder in direkter Schulnähe im öffentlichen Raum* haben möchten. Hierbei soll das Stadtschüler:innenparlament einbezogen werden.

~~Im Haushaltsplan 2025 werden entsprechend des Ergebnisses der Abfrage die Kosten für Anschaffung und Aufstellung eigestellt.~~

zu 5 Berichte

zu 5.1 Gutachten Herreninsel
Vorlage: VO/2024/13147

TOP 5.1, TOP 5.1.1 und TOP 5.1.2 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.1 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

AM Pluschkell spricht sich dafür aus, die Anträge unter TOP 5.1.1 und TOP 5.1.2 zu beschließen und den Bericht auf die Bauausschusssitzung am 07.10.2024 zu vertagen.

AM Luetkens übernimmt den Antrag unter TOP 5.1.1 und wandelt ihn in einen Prüfantrag um.

Der Vorsitzende ergänzt seinen Antrag dahingehend, dass TOP 5.1.2 nach der Maßgabe beschlossen wird, dass die Punkte unter TOP 5.1.1 auch mit abgeprüft werden.

Senatorin Hagen weist darauf hin, dass die letzten Punkte des Antrags unter TOP 5.1.2 auf den Flächennutzungsplan abzielen würden und sie nicht zusagen könne, dass diese Aspekte im Rahmen einer vorgezogenen Untersuchung abgearbeitet werden können.

AM Wisotzki entgegnet, dass nur die Punkte 1-5 relevant für die aktuelle Situation seien, die Punkte 6 ff. seien dazu da, um den Bewohnern der Herreninsel eine Perspektive zu bieten. Bei denen reiche es, wenn das Prüfergebnis erst zum Flächennutzungsplan vorliegen würde.

Der Vorsitzende lässt über seinen ergänzten Antrag unter TOP 5.1.2 abstimmen.

Der Vorsitzende beantragt, die Vorlage bis zur ersten Oktobersitzung zu vertagen.
Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Bericht:

Mit dem Bürgerschaftsbeschluss VO/2015/02329 wurde die Verwaltung aufgefordert, durch ein externes Gutachten prüfen zu lassen, ob die Herreninsel dauerhaft als Wohngebiet geeignet ist. Dieses Gutachten liegt nun vor.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5.1.1 AM Carl Howe (GAL): Wohnen auf der Herreninsel
Vorlage: VO/2024/13349

TOP 5.1, TOP 5.1.1 und TOP 5.1.2 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.1 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Antrag:

Die Verwaltung möge prüfen:

Der Bürgermeister lässt einen Bebauungsplan für die Herreninsel erarbeiten, der das Wohnen in Tiny Häusern sowie zum Wohnen ausgebaute „Bau-/ Zirkuswagen“ ermöglicht.

Im Sinne eines Wohnprojekts soll sich die Planung an gemeinwohlorientierten Strukturen orientieren, wie z.B. gemeinschaftlich genutztes Wasch- und Küchenhaus sowie (Gemüse-) Gärten.

Der Antrag wurde mit in den Antrag unter TOP 5.1.2 übernommen.

**zu 5.1.2 AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) u. AM Ulrich Brock (CDU):
Antrag zu Gutachten Herreninsel
Vorlage: VO/2024/13147-02**

TOP 5.1, TOP 5.1.1 und TOP 5.1.2 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.1 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt

1. Unabhängig von der konkreten Art der Nutzung zu prüfen, ob mit dem zu erwartenden Meeresspiegelanstieg eine längerfristige Nutzung der Herreninsel überhaupt möglich ist.
2. Unabhängig von der zukünftigen Nutzung zu prüfen, welche Maßnahmen hinsichtlich ÖPNV, Fuß- und Radverkehr ergriffen werden müssten, um eine angemessene verkehrliche Anbindung sicherzustellen.
3. Darzustellen, welche Potentiale für eine Wohn- oder Mischnutzung verglichen mit anderen Nutzungspotentialen vorliegen.
4. Darzustellen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um eine Verstetigung des Wohnens in Form eines Wohn- oder Mischgebietes zu realisieren.
5. Darzustellen, in welchem Umfang und Form Wohnbebauung auf der Herreninsel möglich ist, wenn
 - a. auf den Hafenkais am ggü. liegenden Traveufer Nachtbetrieb stattfindet,
 - b. auf/an der Herreninsel ein Hochwassersperrwerk errichtet wird,
 - c. auf/nahe des Standortes des Pumpenwerkes ein neues Klärwerk errichtet wird,
 - d. der klimabedingte Anstieg des Meeresspiegels und die zunehmenden Starkwetterereignisse berücksichtigt werden.

6. Darzustellen, in welchem Umfang andere im FNP avisierte Flächen für Wohnungsneubau die Anforderungen einer nachhaltigen Stadt(innen-)entwicklung besser erfüllen, indem dort die angestrebte Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs durch kürzere Wege zu Kitas, Schulen, Sport- und Freizeitangeboten, medizinischer Versorgung, Einzelhandel, Gastronomie und Bahnverkehr umfangreicher ermöglicht wird (15-Minuten-Stadt).
7. Im Rahmen der Entwicklung des FNP der Bürgerschaft die erforderlichen Informationen entsprechend der vorliegenden (und ggf. weiteren erforderlichen) Betrachtungen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, um eine qualifizierte politische Entscheidung zu ermöglichen.
8. Im Rahmen der Entwicklung des FNP der Bürgerschaft alle weiteren Gebiete mit ähnlichen (potentiellen) Nutzungskonflikten transparent mit Optionen darzustellen.

Die Verwaltung möge außerdem prüfen:

Der Bürgermeister lässt einen Bebauungsplan für die Herreninsel erarbeiten, der das Wohnen in Tiny Häusern sowie zum Wohnen ausgebaute „Bau-/ Zirkuswagen“ ermöglicht.

Im Sinne eines Wohnprojekts soll sich die Planung an gemeinwohlorientierten Strukturen orientieren, wie z.B. gemeinschaftlich genutztes Wasch- und Küchenhaus sowie (Gemüse-) Gärten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 5.2 Farbliche Markierung der Gefahrenbereiche von Radwegen
Vorlage: VO/2024/13327

Bericht:

Antrag der FDP-Fraktion in der Sitzung der Bürgerschaft am 28.05.2020 (VO/2020/8561):

„Bis zum Ende des Jahres 2021 werden alle Gefahrenbereiche (Kreuzungen, Kreisel, etc.) von Radwegen farblich vollflächig markiert. Da dieses in vielen Fällen bereits vorliegt, sollen nun auch die noch ausstehenden Gefahrenbereiche markiert werden. Eine Auflistung der Gefahrenbereiche mit der geplanten, bzw. bereits erledigten Umsetzung ist dem Bauausschuss bis zum 30.06.2020 vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Anordnung von Haltverboten
Vorlage: VO/2024/13321**

Hierzu reden AM Mauritz, Frau Wenzel, der Vorsitzende, wieder AM Mauritz und wieder Frau Wenzel.

Bericht:

Beschluss der Bürgerschaft vom 29.02.2024 unter VO/2023/11836-02-01 „Parken in Lübeck – Eckpunktepapier Parken“ unter der Nr. 6 sowie Medienberichte über die Anordnung von Haltverboten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 6.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

**zu 6.1.1 Antwort auf die Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Aktueller Sachstand Bau-
feld Bertlingstraße
Vorlage: VO/2024/13243**

Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 03.06.2024 unter TOP 6.2.1:

Wie ist der aktuelle Sachstand aus dem Haushaltsbegleitbeschluss/ FB 5 - VO/2022/11299-03-02 vom 29.09.2022?

„1. Travemünde Kombibahnsteig/Baufeld Bertlingstraße. Das Projekt Travemünde Kombibahnsteig/Baufeld Bertlingstraße wird aus dem Wartestand der Bauleitplanverfahren herausgenommen.

2. Ein freiraumplanerischer Wettbewerb Strandbahnhof/Bertlingstraße mit den Themenfeldern Kombibahnsteig, Buswende, Baufeld ehem. Ladenzeile, Bertlingstraße/Am Kurgarten (vgl. auch Maßnahmenkatalog zum Mobilitätskonzept Travemünde) wird ausgeschrieben.

3. Planungskosten in Höhe von € 80.000 sind im Haushalt 2023 einzustellen.

Im März 2023 ist dem Bauausschuss ein Zwischenbericht zu geben“.

Bitte den aktuellen Sachstand bis zur nächsten Sitzung des Bauausschusses am 03.06.2024 schriftlich beantworten.

Antwort:

Die Hansestadt Lübeck hatte sich mit dem Projekt Wettbewerb „Strandbahnhof/ Bertlingstraße“ auf den 2. Projektaufruf 2023 im Rahmen des Landesprogramms Wirtschaft 2021 – 2027 (LPW 2021) Projekte der nachhaltigen Stadtentwicklung – nachhaltige städtische Mobilität beworben und im Dezember 2023 die Unterlagen für die Interessenbekundung abgegeben. Das Ergebnis war zunächst abzuwarten. Im März 2024 wurde leider von Seiten des Landes mitgeteilt, dass dieses Projekt keine Berücksichtigung gefunden hat.

Derzeit erfolgen die weitere Grundlagenermittlung und verwaltungsinterne Abstimmung für eine Wettbewerbsauslobung bzw. Mehrfachbeauftragung sowie die Vorbereitung der Angebotsabfrage für die Begleitung/ Moderation des Prozesses durch ein geeignetes Büro.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.2 Antwort auf die Anfrage von AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erhalt der Hallen an der Roddenkoppel im sog. Tudorstil
Vorlage: VO/2024/13156**

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen plant die HL zum Erhalt dieser Hallen?

2. Falls keine Maßnahmen geplant sind, welche Maßnahmen sollten aus Sicht der Verwaltung eingeleitet werden?
3. Welche Instrumente nutzt die Hansestadt Lübeck in der Regel, um gefährdete Denkmale zu sichern und einer Nutzung zuzuführen? Stehen darüber hinaus Instrumente zur Verfügung, die selten oder gar nicht genutzt werden? Warum werden diese Instrumente selten genutzt?
4. Welche geschützten Gebäude sind aus Sicht der Denkmalpflege im Bestand gefährdet und aus welchen Gründen?

Antwort:

Eine identische Anfrage wurde in der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege am 06.05.2024 unter TOP 3.6.1 beantwortet (VO/2024/13157-01).

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.3 Antwort auf die Anfrage von AM Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):
Umgehung Brodtner Steilufer**

Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 03.06.2024 unter TOP 6.2.15:

AM Mählenhoff erkundigt sich, wie lange die aktuelle Umgehungslösung am Brodtner Steilufer bestehen bleiben sollte, da sie den Weg für recht gefährlich halte.

Antwort

Der Kurbetrieb ist in positiven Verhandlungen mit den jeweiligen Grundstückseigentümern mit dem Ziel, eine möglichst Ufer nahe Umgehung oder Querung des ehemaligen Falkengrundstücks einrichten zu können. Die Grundstückseigentümer sind grundsätzlich bereit der Hansestadt Lübeck Flächen für diesen Zweck zu vermieten. Derzeit werden zwei verschiedene Optionen einer möglichen Wegeführung geprüft. Wann eine neue Wegeführung hergestellt werden kann, lässt sich noch nicht abschätzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2 Neue Anfragen

**zu 6.2.1 Anfrage des AM Claas Lamaack (Unabhängige Volt-PARTEI): Anfrage zur Lampen Begrünung.
Vorlage: VO/2024/13408**

Anfrage:

1. Gibt es in der Verwaltung Pläne zur Begrünung von Straßenlaternen?
2. Inwieweit und an welchen Stellen kann die Straßenbeleuchtung der Hansestadt Lübeck mit (Smarter) Begrünung versehen werden? Beispiel wäre hier das Londoner Beispiel. (Firma, die es in London umgesetzt hat: Scotscape_Urban_Greening).

1. Welchen Effekt hätte diese Begrünung auf die umliegenden Flächen, Temperatur/Klima, CO2- Bilanz der Stadt?
2. Welche Auswirkung auf die Wahrnehmung der Bürger*Innen und Tourist*innen kann angenommen werden?

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.2 Anfrage von AM Pluschkell (SPD & FW): Orkneybrücke

Anfrage:

AM Pluschkell berichtet, dass der Presse zu entnehmen gewesen sei, dass die Orkneybrücke gesperrt werde. Es habe den Vorschlag gegeben, statt einer Brücke einen Durchlass einzurichten, daher wolle er wissen, warum dieser Vorschlag scheinbar im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt wurde.

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.3 Anfrage von AM Prieur (CDU): Einfahrt auf den REWE-Parkplatz in Kücknitz

Anfrage:

AM Prieur fragt, warum die Zufahrt zu dem Parkplatz des REWE-Supermarkts in Kücknitz vom Waldhusener Weg aus abgesperrt wurde und was sich an der Bewertung der Situation geändert habe, da der Ort früher nicht als Unfallschwerpunkt eingeschätzt worden sei.

Antwort:

Frau Wenzel führt aus, dass die Straßenverkehrsbehörde die Situation mit der Polizei beobachtet habe und es zu weiteren Unfällen, kürzlich auch mit Personenschaden gekommen sei. Weiterhin hätten die Straßenverkehrsbehörde Mitteilungen von Radfahrenden erreicht, die die Situation vor Ort beschrieben hätten. Es seien mehrere Optionen überprüft worden, als es dann aber noch einen weiteren Unfall gegeben habe, hätte man handeln müssen. Die Maßnahme sei gemeinsam mit der Filialeitung des Supermarkts vorgenommen worden. Die Absperrung könne für den Lieferverkehr geöffnet werden. Es handle sich um eine provisorische Regelung. Die Situation werde weiter beobachtet.

Hierzu reden mit mehreren Wortbeiträgen der Vorsitzende und Frau Wenzel.

Der Vorsitzende bittet darum, dass die Straßenverkehrsbehörde dem Bauausschuss berichte, wenn eine dauerhafte Lösung gefunden wurde.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.4 Anfrage von AM Mauritz (CDU): Kreuzung an der B76

Anfrage:

AM Mauritz erkundigt sich nach der Verkehrssituation und der Unfallhäufigkeit an der Kreuzung der B76, an der es regelmäßig Unfälle gebe. Er habe dazu auch bereits eine Anfrage gestellt. Er würde hier nochmals um Prüfung bitten.

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.3 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

zu 6.4 **Sonstige Mitteilungen**

Senatorin Hagen weist auf den Termin zur ÜBERGANGSWERKSTATT im ÜBERGANGS-HAUS am 13.07.2024 hin, zu dem die Mitglieder des Bauausschusses herzlich eingeladen seien.

AM Lamaack weist darauf hin, dass am selben Tag der Tag des offenen Rathauses stattfindet. Die Terminwahl sei in diesem Fall kein Problem, aber derartige Terminüberschneidungen seien grundsätzlich ungünstig.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.1 **Mündliche Mitteilung (5.660): Einmündung Oderstraße**

Herr Dreilich erläutert anhand von zwei Lageplänen, die der Niederschrift als Anlage beigelegt sind, die neue Planung für den Verkehrsfluss an der Oderstraße.

Hierzu reden AM Prieur, Herr Dreilich, der Vorsitzende, AM Pluschkell und Frau Wenzel.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 7 **Anträge von Ausschussmitgliedern**

zu 7.1 **Dringlichkeitsantrag AM Günther Frings (Unabhängige Volt-PARTEI): Präsentation zum B-Plan Helldahl / Leegerwall. Vorlage: VO/2024/13409**

AM Lamaack übernimmt den Antrag.

Hierzu reden AM Prieur, der Vorsitzende, AM Plusckell und wieder der Vorsitzende.

Antrag:

Die Bauverwaltung wird beauftragt die von ihr erstellte Präsentation „Erhalt der städtebaulichen Struktur der Wohngebiete im Norden Travemündes“ bei der nächsten Sitzung des Bauausschusses am 15.07.2024 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:15 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18:17 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Es wird um die Anwesenheit von Herrn Schröder und Herrn Wallendzik gebeten.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 18:22 Uhr.

Lübeck, den 13. September 2024

Dr. Ulrich Brock
Vorsitzende/r

Wilk Wendorff
Protokollführung